Gibt es Probleme bei der Darstellung dieser e-mail ? Klicken Sie hier

FONDATION ROBERT SCHUMAN
Das Zentrum für Europäische Wissenschaft und Studien

Der Brief

Dienstag 24. Februar 2015 Nummer 659

Der Newsletter als PDF Die Stiftung auf und

App der Robert Schuman Stiftung download über Appstore und Google Play

Frankreichs Suche nach einer europäischen Erzählung

Autor : Olivier Rozenberg

Das Gesetz für mehr Wachstum und Beschäftigung konnte in Frankreich nur dank des Notartikels 49,3 der französischen Verfassung verabschiedet werden. In Brüssel war es seit Langem als eine der notwendigen Reformen befördert worden, die Frankreich wieder auf den Kurs des europäischen Stabilitätspaktes bringen sollen. Der Streit um das Gesetz hat nun die tiefen Gräben innerhalb der regierenden Sozialisten drastisch vor Augen geführt. Für den Rest der dringend notwendigen Reformen lässt das nichts Gutes hoffen. Oliver Rozenberg gibt Einblicke in das schwierige Verhältnis der Franzosen zu Europa und das Ringen um eine gemeinsame europäische Erzählung.

Fortsetzung

Übersicht

Wahlen : Griechenland - Estland Finanzkrise : Griechenland - Eurozone Kommission : Markt/Kapital - Humanitäre Hilfe Rat der Europäischen Union : Verteidigung - Wirtschaft/Finanzen - Fischerei Diplomatie : Terrorismus/Kampf EZB : Entscheidungen Europäische Investitionsbank : KMB Deutschland : Frankreich - Vatikan Spanien : Energie Frankreich : Nukleare Abschreckung - Reformen Griechenland : Präsident Ungarn : Energie - Wahlen Italien : Reformen - Triton Polen : Ungarn Rumänien : Reformen Großbritannien : Royal Navy - Ukraine Slowenien : IWF Republik Moldau : Regierung Ukraine : Jahrestag - Waffenstillstand? - UNO - Rückzug/Truppen Europarat : Frankreich Eurostat : Leistungsbilanz - Landwirtschaft Veröffentlichungen : Russland - Maritime Herausforderung - Europa Kultur : Ausstellung/Hamburg - Ausstellung/Zürich - Ausstellung/Wien - Tage der Fotografie

Agenda | Andere Versionen | Kontakt

Wahlen :

Prokopis Pavlopoulos als neuer Präsident der griechischen Republik gewählt

Prokopis Pavlopoulos ist am 18. Februar zum Präsidenten der griechischen Republik gewählt worden. Er erhielt 233 Stimmen und damit 33 mehr, als für die 2/3 Mehrheit im ersten Wahlgang notwendig gewesen wären. Die Abgeordneten der radikalen Linken (SYRIZA), der Partei der Unabhängigen Griechen (ANEL) und der Nea Dimokratia (ND) stimmten für ihn. Nikos Alivizatos, der Kandidat der von Stavros Theodorakis geführten Partei To Potami, der auch von der gesamtgriechischen hellenistischen Bewegung (PASOK) unterstützt wurde, kam auf 30 Stimmen. Prokopis Pavlopoulos wird sein Amt am 13. März antreten... Fortsetzung

Parlamentswahlen in Estland am 1. März

979910 Esten sind am 1. März zum Urnengang aufgerufen, um die 101 Mitglieder des Riigikogu neu zu wählen. Die Abgeordneten werden alle 4 Jahre nach dem Verhältniswahlsystem in 12 Wahlkreisen gewählt. 4

politische Parteien sind aktuell in der Riigikogu vertreten: Die Reformpartei (ER) von Premierminister Taavi Roivas, die Zentrumspartei (K), die Pro-Patria-und Res-Publica-Union (IRL) und die sozialdemokratische Partei (SDE). Einer Umfrage des Insitituts TNS Emor zufolge, die im Auftrag der Tageszeitung Postimees erhoben wurde, wird die Reformpartei die Parlamentswahlen am 1. März gewinnen. Mit 23-Prozent der Stimmen würde sie demnach die Zentrumspartei schlagen, die nach dieser Rechnung auf 22-Prozent käme. Die Sozialdemokraten erhielten 20-Prozent, gefolgt von der Pro-Patria-und Res-Publica-Union mit 14-Prozent, der neugegründeten Freien Partei Estlands mit 9-Prozent und der konservativen Volkspartei (EKRE) mit ebenfalls 9-Prozent der Stimmen... Fortsetzung

Andere Links

Finanzkrise :

Vorläufige Einigung der Eurogruppe über eine Verlängerung des Hilfsplans für Griechenland

Eine Einigung über die Verlängerung des griechischen Hilfsplans ist am 20. Februar gefunden worden. Der griechische und der deutsche Finanzminister, Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble, konnten sich auf einen gemeinsamen Text verständigen, dem auch die anderen Finanzminister der Eurozone zustimmten. Diese Verlängerung, ursprünglich für sechs Monate angedacht, gilt nun für vier Monate. In dieser Zeit muss ein neuer Vertrag zustande gekommen sein. Jeroen Dijsselboem, Präsident der Eurogruppe, erklärte, dass die Verhandlungen "intensiv" gewesen wären, weil es "bei diesem Treffen darum ging, das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen." Er zeigte sich zufrieden darüber, dass "sich die Anstrengungen, die wir in dieser Woche unternommen hatten am Ende auch ausgezahlt haben". Griechenland muss nun noch bekanntgeben, welche Reformen es auf den Weg bringen will. Eine erste Liste an Reformen wurde der Eurogruppe am 23. Februar vorgelegt, die anderen Finanzminister müssen ihr noch zustimmen... Fortsetzung

Andere Links

Eurozone: Höchstes Wachstums seit 7 Monaten

Das Wachstum in der Eurozone hat im Februar den höchsten Stand seit 7 Monaten erreichen, wie Markit am 20. Februar bekannt gab. Der Finanzdienstleister veröffentlicht den PMI (Purchasing Managers Index, oder: Einkaufsmanager Index). Nach ersten Schätzungen belief sich der PMI für die Eurozone im Februar auf 53,5 Punkte, im Vormonat waren es noch 52,6. Das ist besser als ursprünglich erwartet: Die Analysten hatten mit 53 Punkten gerechnet. Wenn die 50 Punkte-Markte überschritten wird, dann bedeutet das die wirtschaftlichen Aktivitäten nehmen zu. Liegt er unter dieser Schwelle, dann nehmen sie ab. Das Wirtschaftswachstum beschleunigt sich damit in der Eurozone trotz der griechischen Schuldenkrise. Und diese Tendenz dürfte auch in den nächsten Monaten anhalten... Fortsetzung

Kommission :

Auf dem Weg zu einer Kapitalmarktunion

Die Europäische Kommission hat bei ihrem wöchentlichen Treffen am 18. Februar Konsultationen zur Schaffung einer Kapitalmarktunion eingeleitet. Dabei wurde auch über "geeignete Schlüsselmaßnahmen" debattiert, um Steuerflucht und aggressive Steuervermeidungstaktiken zu bekämpfen. Am Ende der Gespräche verabschiedete die Kommission einen Aktionsplan mit dem bis 2019 eine Kapitalmarktunion geschaffen werden soll. Um das Wachstum zu befördern, stärkt die EU-Kommission in Zukunft auch die Rolle der Finanzmärkte bei der Finanzierung von Unternehmen. Ziel soll es sein, dass kleine und mittelständische Unternehmen in egal welchem Mitgliedsland "genauso leicht an Kapital kommen wie die großen Unternehmen"... Fortsetzung

Andere Links

Humanitäre Hilfe für die Sahelzone und Palästina

Die Europäische Kommission hat am 16. Januar eine Ausweitung der humanitären Hilfe für die Sahelzone auf 156 Millionen Euro angekündigt. Von diesen zusätzlichen Mittel dürften an die 20 Millionen Menschen profitieren, die in der Sahelzone an Unterernährung leiden. 5 Millionen Kinder sind von akuter Mangelernährung betroffen. Außerdem werden der Palästinensischen Behörde und dem Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) 212 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel dienen zur Finanzierung der wichtigsten grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialdiensten für die

palästinensische Bevölkerung... Fortsetzung

Andere Links

Rat der Europäischen Union :

Treffen der Europäischen Verteidigungsminister in Riga

Die 28 Europäischen Verteidigungsminister haben sich am 18. und 19. Februar darauf verständigt, dass der Europäische Rat im Juni zu einer Einigung in der Verteidigungspolitik kommen muss. Das gelte besonders in Anbetracht der strategischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen und der europäischen Antwort auf die Defizite auf diesem Gebiet. Die EU-Verteidigungsminister kamen zu dem Ergebnis, dass die jüngsten Ereignisse in den Nachbarstaaten der EU zeigen, dass hybride Bedrohungen eine gemeinsame Herausforderung für die gesamte EU sind. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg forderte Russland am 18. Februar am Rande des Ratstreffen dazu auf alle Streitkräfte aus dem Osten der Ukraine zurückzuziehen und mit seiner Unterstützung der Separatisten aufzuhören... Fortsetzung

Andere Links

Schlussfolgerungen des Rates für "Wirtschaft und Finanzen"

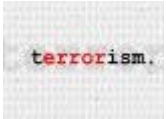
Die 28 europäischen Wirtschafts- und Finanzminister haben bei ihrer Zusammenkunft am 17. Februar den Vorschlag der EU-Kommission zur Einrichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen erörtert, mit dem mindestens 315 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Mitteln mobilisiert werden sollen. Die Minister verabschiedeten eine Erklärung zu den Wachstumsperspektiven und den makroökonomischen Ungleichgewichten im Rahmen des "Europäischen Semesters". Diese Schlussfolgerungen sind Teil des Verfahrens, das im Juli 2015 zu länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten führt. Der Rat hat seine Prioritäten für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über den EU-Haushaltsplan 2016 festgelegt und dem Europäischen Parlament empfohlen, der Kommission für die Ausführung des EU-Haushaltsplans 2013 Entlastung zu erteilen. Außerdem hat der Vorsitzende der mit der Überprüfung des Systems der Eigenmittel für die Finanzierung des EU-Haushalts betrauten hochrangigen Gruppe, Mario Monti, einen ersten Bewertungsbericht seiner Gruppe vorgestellt... Fortsetzung

Rat billigt Vereinbarung zur Anlandeverpflichtung für die Fischerei

Der Rat hat am 20. Februar 2015 den endgültigen Kompromisstext zur Umsetzung der Anlandeverpflichtung für die Fischerei (die "Omnibus-Verordnung") gebilligt. Ein zentrales Ziel der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ist die schrittweise Abschaffung von Rückwürfen bei allen EU-Fischereitätigkeiten, die durch die Einführung einer Verpflichtung zur Anlandung aller Fänge erreicht werden soll. Die Kommission wird auf der Grundlage der Informationen der Mitgliedstaaten, der Beratungsgremien und aus anderen einschlägigen Quellen einen Jahresbericht über die Umsetzung der Anlandeverpflichtung ausarbeiten. Für die Lagerung von Fischen an Bord der Fischereifahrzeuge wurde außerdem eine pragmatische Lösung vereinbart. Der Text wird noch dem Parlament vorgelegt, bevor ihn der Rat verabschiedet... Fortsetzung

Diplomatie :

Federica Mogherini auf Anti-Terrorismus Gipfel in Washington



Europas Chefdiplomatin und Vize-Präsidentin der Kommission, Federica Mogherini, hat am 19. Februar in Washington am Weltgipfel zum Kampf "gegen gewaltsamen Extremismus" teilgenommen. Auch wenn der amerikanische Präsident die internationale Gemeinschaft für den Kampf gegen den dschihadistischen Terrorismus mobilisieren wollte, so wurden doch keine konkreten Maßnahmen verabschiedet. Federica Mogherini betonte, dass die Anschläge von Paris und Kopenhagen nach jenen in London und Madrid den europäischen Kontinent erneut ins Wanken gebracht hätten. Sie bekräftigte wie wichtig die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus sei: "Die Aufgaben, die vor uns liegen, erfordern eine gemeinsame Anstrengung zwischen den nationalen Regierungen, den regionalen Organisation und den gesellschaftlichen Gruppen. Nur eine globale Allianz kann mit einer Bedrohung solchen Ausmaßes fertig werden"... Fortsetzung

EZB :

Entscheidungen der EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 18. Februar beschlossen den Mechanismus für Notfallanleihen an griechische Banken um zwei

Wochen zu verlängern. Die Maßnahme ist als Rettungsring für den Bankensektor des Landes gedacht, der Kreditrahmen erhöht sich zudem auf 68,3 Milliarden Euro. Die Notfallkredite fungieren somit immer dann als Rettungsschirm, wenn griechische Banken in Liquiditätsprobleme geraten. Anfang Februar hatte die EZB dafür noch 60 Milliarden Euro bereitgestellt, bereits letzte Woche war das Kreditvolumen auf 65 Milliarden Euro angehoben worden. Die EZB würde sich aber auch die Einführung von Kapitalkontrollen wünschen, damit eine Ausblutung des Bankensektors verhindert werden kann. Außerdem veröffentlichte der EZB-Rat am 19. Februar noch den "Rechenschaftsbericht der EZB für das Jahr 2014". Der offiziellen Jahresbilanz zufolge hat die EZB für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Haushaltsjahr 2014 nach Angaben des Direktoriums einen Nettoüberschuss von 989 Millionen Euro erwirtschaftet (2013 waren es noch 1440 Milliarden Euro). Das Nettozinsergebnis belief sich demgegenüber 2014 auf 1536 Milliarden Euro gegenüber 2005 Milliarden Euro im Jahr 2013... Fortsetzung

Andere Links

Europäische Investitionsbank :

Grünes Licht für Finanzierungshilfen für Klein- und Mittelbetriebe noch vor dem Sommer

Der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB) hat am 17. Februar zur Mittelvergabe im neuen europäischen Fond für strategische Investitionen (EFSI) verkündet: Kleine und mittelständische Unternehmen könnten noch vor Sommer von ersten Hilfen profitieren. "Das ist ein großer Tag für kleine und mittlere Betriebe. Diese Neuigkeit der EIB bedeutet, dass innovative kleinere Unternehmen, denen es bisher an Liquidität mangelte, schon ab diesem Sommer mit einer notwenigen Kapitalspritze rechnen können. Wir haben versprochen, dass wir Europa beim Investieren helfen, und nichts anderes haben wir heute gemacht", sagte Jyrki Katainen, Vize-Präsident der Europäischen Kommission. Ziel sei es die EFSI-Regeln bis Juli 2015 dergestalt zu regeln, dass die Mittel spätestens im September verfügbar sein werden. Die Arbeiten für die Schaffung einer Reserve für europäische Investitionsprojekte und eines Beratungsschwerpunktes für Investitionen laufen ebenso auf Hochtouren, so dass sie nach dem Start des EFSI bereitstehen könnten... Fortsetzung

Deutschland :

Treffen zwischen François Hollande und Angela Merkel

Der Französische Präsident François Hollande und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sind am 20. Februar zusammengekommen, um über die griechische Schuldenkrise und die Situation in der Ukraine zu diskutieren. Das Treffen war Teil von Merkels Vorbereitungsbesuchen für das nächste G7-Gipfeltreffen, welches vom 7. bis zum 8. Juni in Elmau stattfinden wird. Hollande und Merkel demonstrierten bei einer Vielzahl von Prioritäten ihre Einigkeit, etwa "bei der Vorbereitung der Weltklimakonferenz, der Gesundheitspolitik speziell in Afrika und dem Kampf gegen den Terrorismus". Ebenso bekundeten beide Regierungschefs, dass Griechenland in der Eurozone bleiben müsse. Bezüglich des weiteren Vorgehens in der Ukraine wollen Merkel und Hollande weiter an der Einhaltung des Minsker Vertrages arbeiten. Jedes Land, das die Waffenruhe bricht, müsse mit neuen Sanktionen rechnen. Am 24. Februar kommen zudem der französische, deutsche, russische und ukrainische Außenminister in Paris zusammen... Fortsetzung

Angela Merkel trifft Papst Franziskus

Die deutsche Bundeskanzlerin hat am 21. Februar in einem privaten Besuch in Rom Papst Franziskus getroffen. Die Diskussion drehte sich um die Vorbereitung des nächsten G7-Gipfels, der von 7. bis zum 8. Juli 2015 in Bayern stattfinden wird. Merkel und Papst Franziskus sprachen auch über den Kampf gegen die Armut, Frauenrechte, Defizite bei der öffentlichen Gesundheitsversorgung, Religionsfreiheit in der Welt und die Situation in der Ukraine. Innerhalb der G7 wünscht die Kanzlerin den Schwerpunkt während der deutschen Präsidentschaft auf mehrere Themen zu legen, drunter der Umweltschutz, die Gesundheitsversorgung und die Stärkung der Rolle der Frauen... Fortsetzung

Andere Links

Spanien :

Erfolgreicher Abschluss des französisch-spanischen Stromverbund-Projekts

An der Einweihung der Stromtrasse zwischen Santa Llogaia und Baixàs haben am 20. Februar das für Klimapolitik und Energie zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, Miguel Arias Cañete, der spanische Premier, Mariano Rajoy, der französische Premierminister, Manuel Valls, sowie Mario Monti, Europäischer Koordinator des Projekts, teilgenommen. Mit dieser Stromtrasse, einem europäischen Projekt von gemeinsamem Interesse, wird die Kapazität des zwischen Frankreich und Spanien bereits bestehenden Stromverbunds von 1400 Megawatt auf 2800 Megawatt verdoppelt. Stromverbunde sind wichtige Elemente auf dem Weg zu einer Energieunion, die eine der Prioritäten der neuen EU-Kommission ist. Die Kommission wird deshalb am 25. Februar eine Mitteilung vorlegen, wie sie einen Stromverbund von 10-Prozent in allen Mitgliedstaaten bis 2020 zu erreichen gedenkt... Fortsetzung

Frankreich :

Rede des französischen Präsidenten zur nuklearen Abschreckung

Der französische Präsident ist am 19. Februar auf Luftwaffenstützpunkt in Istres eingetroffen und hat dort eine Rede zur atomaren Verteidigung gehalten. Angesichts der tragischen Ereignisse in den letzten Monaten betonte er, dass die nukleare Abschreckung auch weiterhin ein Mittel in der Verteidigungspolitik bleibe: "Die Abschreckung durch Atomwaffen schützt die Interessen unseres Land vor jeder Aggression durch andere Staaten, woher sie auch kommt und in welcher Form sie sich auch äußern mag. Ich füge aber ganz explizit hinzu, dass Atomwaffen für Frankreich nicht dazu da sind sich in irgendeinem Konflikt einen Vorsprung zu verschaffen. In Anbetracht des beträchtlichen Zerstörungspotenzials sind sie kein Bestandteil unserer Offensivstrategie, sie sind ausschließlich zur Verteidigung gedacht." Hollande kam ebenso auf die Bestandteile des Atomwaffenprogrammes zu sprechen und kündigte Modernisierungsmaßnahmen an... Fortsetzung

Andere Links

Französische Nationalversammlung lehnt Misstrauensvotum gegen Regierung ab

Der französische Premierminister Manuel Valls hat am 17. Februar (nach einer Einigung im Ministerrat) beschlossen, auf den Notartikel 49-3 der Verfassung zurückzugreifen, um ein Gesetz zur Reformierung der französischen Wirtschaft zu verabschieden - ohne es in der Nationalversammlung zur Abstimmung zu stellen. Dieses Vorgehen beruft sich auf die übergeordnete Verantwortung der Regierung bei einem Gesetzesprojekt. Dieses gilt als angenommen, außer es käme zu einem Misstrauensvotum gegen die gesamte Regierung. Valls entschied sich auf den Artikel zurückzugreifen, um sicherzustellen, dass das Gesetz auch verabschiedet wird, obwohl seine Mehrheit fragil bleibt. Die Mitte-Rechts-Abgeordneten (UMP und UDI) hatten daraufhin zusammen mit der extremen Linken (Front de gauche) einen Misstrauensantrag gestellt. Dieser scheiterte aber am 19. Februar, weil er nicht auf die 289 notwendigen Stimmen kam (sondern nur auf 234). Damit ist das Gesetz ohne Abstimmung in der ersten Lesung der Nationalversammlung verabschiedet. Es muss nun noch vom Senat geprüft werden... Fortsetzung

Griechenland :

Prokopis Pavlopoulos ist der neue griechische Präsident

Der ehemalige Innenminister Prokopis Pavlopoulos ist am 18. Februar vom griechischen Parlament zum Präsidenten Griechenlands gewählt worden. Dem Präsidenten der Republik fällt eine rein repräsentative Rolle in Griechenland zu, symbolisch ist er aber der Moderator zwischen den verschiedenen Strömungen in dem krisengeplagten Land. Der 64-Jährige Pavlopoulos wurde mit 233 Stimmen gewählt. Er erhielt damit mehr als die 180 nötigen Mindeststimmen der 300 Abgeordneten. Gewählt wurde Pavlopoulos mit den Stimmen der linken Syiza und ihres Partners, den unabhängigen Griechen (Anel), sowie der Nea Dimokratia, aus deren Reihen der neue Staatschef auch kommt. Mit seiner Wahl endet der im Dezember begonnene Wahlprozess. Das Parlament war dreimal daran gescheitert einen neuen Staatschef zu wählen, was schließlich zu vorgezogenen Wahlen und dem Sieg von Syriza führte... Fortsetzung

Andere Links

Ungarn :

Viktor Orban empfängt Wladimir Putin

Der russische Präsident Wladimir Putin kam am 17. Februar für einen offiziellen Staatsbesuch nach Budapest. Er wurde dort vom ungarischen Premierminister Viktor Orban empfangen. Russland und Ungarn erzielten eine politische Einigung über Gaslieferungen. Ungarn

ist zur Deckung von 80% seines Gasverbrauchs auf Moskaus angewiesen. Die beiden Länder unterzeichneten auch einen Vertrag über 10 Milliarden Euro um die Kapazitäten im Kernkraftwerk von Paks zu erhöhen. Bezüglich der russisch-ukrainischen Krise zögerte Viktor Orban nicht, Russland als Musterland dazustellen. Die Annäherung mit Moskau rief aber ebenso Gegner auf den Plan: Es kam zu einer Demonstration in der ungarischen Hauptstadt... Fortsetzung

Andere Links

Ungarischer Premierminister Viktor Orban verliert seine Supermehrheit

Der ungarische Premierminister Viktor Orban hat am 22. Februar bei einer Nachwahl seine "Supermehrheit" von zwei Dritteln verloren, die er seit 2010 besessen hatte. Tatsächlich handelte es sich dabei nur um einen Vorsprung von einem Sitz. Nun wurde der Oppositionskandidat im Wahlbezirk Veszprem (Osten) aber mit 43-Prozent der Stimmen gewählt, der Kandidat der amtierenden Fideszpartei erhielt nur 34%. Die Niederlage in einem vornehmlich konservativen Wahlkreis bedeutet nichts anderes als eine gelbe Karte für die Regierung... Fortsetzung

Italien :

Italien: Die Reformen müssen zu Ende geführt werden

In ihrer jüngsten Wirtschaftsstudie zu Italien schätzt die OECD, dass sich die Reformen - sollten sie den alle umgesetzt werden - zu einem zusätzlichen BIP-Wachstum von 6-Prozent in 10 Jahren führen müssten. Von den Projekten, die eine solche Entwicklung herbeiführen könnten, würden vor allem eine verbesserte Parlamentsstruktur, eine neue Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralverwaltung und der Verwaltung in den Regionen die Effizienz im Gesetzgebungsprozess erhöhen. Auch könnten sie eine Verzögerungen beim Anwenden weitere Maßnahmen verhindern. Sollte das Gesetzt zur Beschäftigung vom Dezember 2014 angewendet werden, könnte dies auch das Wachstum in Italien neu beleben. Der modellhafte Pakt für Arbeit, wie er von der OECD empfohlen wird, sollte nach deren Willen aber nicht nur in seiner jetzigen Form angenommen werden, sondern noch durch mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten, eine Verbesserung bei der Elternzeit sowie eine erschwingliche und qualitative hochwertige Kinderbetreuung ergänzt werden. Schlussendlich, müssen auch noch einige Anstrengungen unternommen werden, um die wirtschaftliche Effizienz bei den öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, für mehr Transparenz zu sorgen und Korruption effizienter zu bekämpfen. Aber das zukünftige Gesetz zur Fiskalpolitik könnte bereits für eine Verbesserung auf diesen Gebieten sorgen... Fortsetzung

Andere Links

EU verlängert Frontex-Mission im Mittelmeer

Die Europäische Kommission hat am 19. Januar angekündigt, dass sie ihre Unterstützung für Italien verstärken wird. Zum einen wird sie die gemeinsame Frontex-Operation "Triton" bis mindestens Ende 2015 verlängern, zum anderen wird sie Italien eine Soforthilfe in Höhe von 13,7 Mio. EUR gewähren, die aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) finanziert wird. Die Europäische Kommission ist auch "bereit, rasch zu reagieren, sollte Italien eine Aufstockung der Mittel für Triton beantragen". Die Entscheidung für eine Verlängerung der gemeinsamen Triton-Mission fiel im Kontext einer weiter andauernden instabilen Lage in mehreren Nachbarländern, der den Druck von Migrationsströmen auf Europas Grenzen im Mittelmehr erhöht... Fortsetzung

Polen :

Eva Kopacz empfängt Viktor Orban

Die polnische Premierministerin Eva Kopacz hat am 19. Februar ihren ungarischen Amtskollegen Viktor Orbán in Warschau empfangen. Ihre Unterhaltung drehte sich hauptsächlich um die Beziehungen zwischen der EU und Russland und die Situation in der Ukraine. "In einem aufrichtigen und schwierigen Gespräch habe ich Premierminister Orban darauf hingewiesen, dass die Einigkeit der EU-Mitgliedsländer und der Visegrád-Gruppe gegenüber der Situation in der Ukraine von fundamentaler Bedeutung ist", sagte Ewa Kopacz... Fortsetzung

Andere Links

Rumänien :

Fiskalreform in Rumänien

Die rumänische Regierung versucht das Steuerniveau bis 2020 in mehreren Schritten zu reduzieren, um das Wachstum zu befeuern. So steht es in einem Reformvorhaben für die Steuergesetzgebung, das am

18. Februar bekannt wurde. Geplant ist eine Absenkung der Mehrwertsteuer von 24-Prozent auf 20-Prozent im Januar 2016 und auf 18-Prozent im Januar 2018. Diese Kürzung bei den Steuern wird sich in einem zusätzlichen einprozentigem Anstieg des BIP im nächsten Jahr äußern, versicherte der rumänische Finanzminister Darius Valcov. Die Maßnahme verursacht nach Schätzungen des Ministers aber auch einen Einnahmeverlust für die öffentlichen Hand von 2,6 Milliarden Euro (oder 1,5% des Bruttoinlandsproduktes) im Jahr 2016. Dieses Defizit soll durch die Schaffung von 145.000 neuen Arbeitsplätzen und einen Anstieg des Konsums ausgeglichen werden. Beiden Faktoren werden 1,4 Milliarden Euro zusätzlich bringen, glaubt man dem Minister. Das Gesetzesvorhaben sieht außerdem vor, die Gewinne und Einkünfte (flat tax) um zwei Prozentpunkte weniger zu besteuern, die Steuerquote soll dort im Jahr 2019 von 16-Prozent auf 14-Prozent sinken. "Das Projekt wird noch mit der Unternehmerseite diskutiert, bevor es in einem Monat vor das Parlament kommen wird", sagte Premierminister Viktor Ponta... Fortsetzung

Andere Links

Großbritannien :

Investitionen über 859 Millionen £ in die Schiffsbauindustrie

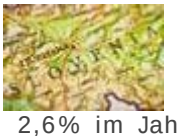
Der britische Premierminister David Cameron hat am 20. Februar angekündigt, die britische Schiffsbauindustrie solle durch einen Vertrag zwischen dem Verteidigungsministerium und BAE Systems über einen Gesamtwert von 859 Millionen £ neuen Schwung erhalten. Bis zu 1700 Arbeitsplätzen werden durch die Investitionen für den Bau des Kriegsschiffes von Typ 26, die neue Fregattengeneration der Royal Navy, erhalten. 600 Arbeitsplätze bleiben in Schottland, an der Produktionsstätte des Types 26 weiter bestehen. "Es handelt sich um eine wichtige Investition für unsere Schiffsbauindustrie. Investieren in unsere Kriegsflotte heißt aber auch für die Sicherheit unseres Landes nach Innen und Außen zu sorgen", sagte David Cameron... Fortsetzung

Ein Bericht kritisiert Krisenmanagement der EU und Großbritannien in der Ukraine-Krise

Einem Bericht zufolge, den eine parlamentarische Kommission des House of Lords am 20. Februar veröffentlicht hat, haben EU und Großbritannien "katastrophale" Fehler bei ihrem Krisenmanagement in der Ukraine begangen. Der Kommissionsvorsitzende Christopher Tugendhat teilte mit, dass "eine fehlende Anaylsekapazität in Großbritannien und der gesamten EU überhaupt erst zu der katastrophalen Lageeinschätzung in der Zeit vor dem Krisenausbruch beitrugen". Die Beziehungen zwischen EU und Moskau seien schon lange auf einem Tiefstand gewesen. Für "ein optimistisches Szenario", in dem Russland den Demokratisierungsprozess unterstützt, hätte es deshalb auch gar keinen Anlass gegeben. Die britische Regierung wies die Schlussfolgerungen des Berichts umgehend zurück: "Großbritannien spielte eine wichtige Rolle bei den Bemühungen das Recht der Ukraine zu durchzusetzen seine eigene Zukunft selbst zu gestalten". Auch bei den strengen Sanktionen der EU gegen Russland hätte man entscheidend mitgewirkt, hieß es auf einer Pressekonferenz des britischen Außenministeriums... Fortsetzung

Slowenien :

IWF Bericht zu Slowenien



Der Internationale Währungsfond (IWF) hat am 19. Februar seinen Bericht zu Slowenien veröffentlicht. Die Schlussfolgerungen des Berichts deuten an, dass sich die slowenische Wirtschaft nach der Krise nun in einer Phase der Erholung befindet: Das Wachstum erreichte 2,6% im Jahr 2014 (-1% im Jahr 2013). Der IWF stellte auch heraus wie wichtig öffentliche europäische Investitionen für diesen Aufschwung sind. Die Prognosen für 2015 und 2016 bewegen sich zwischen 1,9% und 1,7%. Die im Vergleich zu 2014 schwächeren Wachstumsvorhersagen, die auch unter dem Vorkrisenniveau liegen, sind auf eine gestiegene Arbeitslosenquote (9,7%) sowie auf Ungleichgewichte bei den öffentlichen und privaten Finanzen zurückzuführen. Schließlich stellt der Bericht auch fest, dass es notwendig ist die strukturellen Reformen fortzusetzen. Das betrifft besonders den Bankensektor, wo eine Privatisierung der öffentlichen Banken von Nöten wäre, um ein Haushaltsgleichgewicht zu finden und die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu minimieren... Fortsetzung

Republik Moldau :

Chiril Gaburici ist neuer Premierminister Moldawiens

Das moldawische Parlament hat am 18. Februar der Ernennung von Chiril Gaburici zum neuen Premierminister zugestimmt. Gaburici will sein Land näher an die EU heranführen. 60 der 101 Abgeordneten stimmten für ihn und damit 9 mehr als erforderlich gewesen wäre. Der 38-Jähre Chiril Gaburici erklärte das die europäische Integration und die Einhaltung der Verträge mit der EU die Priorität Nummer eins seiner Regierung seien... Fortsetzung

Andere Links

Ukraine :

1. Jahrestag des Maidan

Ein Jahr ist vergangen seitdem der ehemalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch vor dem Druck der Straße flüchtete. Zuvor hatte er in die Menge der Demonstranten schießen lassen. Die Ukraine gedachte am 22. Februar der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Maidan vor einem Jahr. Heute sieht man in diesem Ereignis den ersten Schritt hin zu einer neuen Ukraine. Mehrere europäische Staatschefs nahmen mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko an einem "Marsch der Würde" teil, darunter der Präsident des Europäischen Rates sowie der deutsche, polnische, litauische, slowakische, georgische und der moldawische Präsident... Fortsetzung

Treffen zwischen dem französischem, ukrainischem und russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin

Der französische Präsident François Hollande und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel haben sich am 19. Februar mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin getroffen, um die andauernden Verstöße gegen den Waffenstillstand zu diskutieren, der eigentlich am 15. Februar hätte in Kraft treten müssen. Die vier Staatschefs zeigten sich einig darüber das gesamte, in Minsk am 12. Februar beschlossene, Maßnahmenpaket umsetzen zu wollen: Waffenstillstand entlang der ganzen Frontlinie ohne jede Ausnahme, Fortsetzung und Abschließung des Rückzugs von schwerer Waffen innerhalb der vereinbarten Frist. Beobachtet und überprüft werden sollen die Maßnahmen durch die OECD. Die OECD-Beobachter sollen dazu freien Zugang erhalten und ihre Sicherheit soll gewährleistet werden. Außerdem soll die Freilassung von Inhaftierten beschleunigt werden... Fortsetzung

Sicherheitsrat fordert Kämpfe in Debaltsewe einzustellen

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zeigte sich sehr besorgt über das Andauern der Kämpfe um die Stadt Debaltsewe in der Ukraine. Diese hatten bereits zahlreiche Opfer in der Zivilbevölkerung gefordert, obwohl am 15. Februar eigentlich eine Waffenruhe im Osten des Landes vereinbart wurde. Die Mitglieder des Sicherheitsrates forderten am 17. Februar "alle Parteien dazu auf unverzüglich alle Feindseligkeiten einzustellen und die Vereinbarungen von Minsk zu erfüllen. Das schließt auch ein, der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Zugang zu gewähren. Sie ist damit beauftragt die Einhaltung der Minsker Verträge zu überwachen"... Fortsetzung

Einigung für den Rückzug schwerer Waffen von der Front

Die ukrainischen Behörden und die Separatisten haben sich am 22. Februar auf die Rückverlagerung von schweren Waffen aus der Pufferzone geeinigt. Die Abmachungen von Minsk II, die am 12. Februar zwischen dem französischen, russischen und ukrainischen Staatschef sowie der deutschen Kanzlerin verhandelt wurden, sehen einen solchen Rückzug vor. Seit dem Eintreten des Waffenstillstands gehen die Kämpfe jedoch besonders in der Gegend der Stadt Debaltsewe weiter. Die endgültige Einhaltung der Waffenruhe erscheint so als stark gefährdet. Die Unterschriften unter den Vertrag für den Rückzug schwerer Waffen könnten diesen Prozess dagegen wieder beleben. Nichtsdestotrotz kam es am 22. Februar in Charkiw zu einem Terroranschlag bei einer Gedenkveranstaltungen zu den Ereignissen auf dem Maidan vor einem Jahr. Auch in der Region um Mariuopol bleibt die Lage unübersichtlich. Hinzu kommt, dass die ukrainische Armee am 23. Februar ankündigte, dass ein Rückzug der schweren Waffen aus der Pufferzone für den Moment undenkbar sei. Unter diesen Umständen scheint die Abmachung vom 22. Februar keine reale Chance zu haben. In Brüssel kündigte derweil der Präsident des Europäischen Rates Donald

Tusk an, auf ein Neues mit den europäischen Staatschefs über geeignete Maßnahmen zu beraten... Fortsetzung

Andere Links

Europarat :

Bericht des Menschenrechtskomissars zu Frankreich

Der Menschenrechtskommissar des Europarates Nils Muiznieks hat am 17. Februar einen Bericht zu Frankreich veröffentlicht. Darin lobt er das Justizwesen für seinen Kampf gegen Diskriminierung, wies aber auch auf den Anstieg von hassmotivierten Taten und die Fortdauer von Dysfunktionalitäten hin. Insgesamt sprach er Empfehlungen auf fünf Gebieten aus: Rassismus, Intoleranz, Migranten, Roma und Menschen mit Behinderungen. Muiznieks zeigte sich auf einer Pressekonferenz in Paris erfreut darüber, dass "der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus zu einer nationalen Angelegenheit in Frankreich erklärt wurde". Sein Bericht würdigt "legislative Fortschritte" und die "Maßnahmen" der Regierung. Nichtsdestotrotz "gibt es in Frankreich nicht nur nach wie vor hassmotivierte Beleidigungen und Handlungen, diese sind auch noch angestiegen". Deshalb ist es auch "dringlich notwendig diese systematisch und nachhaltig zu bekämpfen". Muiznieks legte auch offen, dass sich antisemitisch motivierte Taten 2014 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelten. Die Auswanderung von französischen Juden nach Israel (aliyah) verdreifachte sich zwischen 2012 und 2014 (von 1923 auf 6658 Auswanderungen)... Fortsetzung

Eurostat :

Leistungsbilanzüberschuss für das 4. Quartal

Die EU28 haben im vierten Quartal 2014 einen saisonbereinigten Leistungsbilanzüberschuss von 33,4 Milliarden Euro verzeichnet, was im Vergleich zum dritten Quartal (15,1 Milliarden) eine Verdopplung des Überschusses darstellt. Auch im vierten Quartal 2013 wurde ein Überschuss von 29,9 Milliarden Euro festgestellt. Verglichen mit dem vorangegangenen Quartal erhöhte sich im viertel Quartal 2014 auch der Überschuss der Dienstleistungsbilanz von 37,9 Milliarden Euro auf 40,7 Milliarden Euro... Fortsetzung

Statistik zur Landwirtschaft für 2014

Während in Paris die Landwirtschaftsmesse eröffnet wird, hat Eurostat am 20. Februar die Statistik zur Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei für das Jahr 2014 veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist in sieben Kapitel gegliedert und enthält Fakten und Zahlen über die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung und die Agrarpreise, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Landwirtschaft und Umwelt sowie Forstwirtschaft und Fischerei. Da das Jahr 2014 von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft erklärt worden war, liegen besondere Schwerpunkte des Buchs auf der familienbezogenen Landwirtschaft in der EU und einer Analyse der Änderungen in landwirtschaftlichen Betrieben über einen Zeitraum von fünf oder zehn Jahren... Fortsetzung

Veröffentlichungen :

"Goodbye Putin"

Das im Gingko Verlag erschienene Buch "Goodbye Putin" ist kein einfacher Slogan, der nahtlos an den Arabischen Frühling oder den Maidan von 2013-2014 anschließt. Vielmehr analysieren unter der Leitung von Hélène Blanc verschiedene Stimmen - unter ihnen die besten Beobachter der Europäischen Union, Ukraine und Russlands - die bisher schwierigste Krise seit Gründung der EU. Ihre vielfältigen Blickwinkel sind wertvoll für unsere gemeinsame Zukunft. Hierzu sei noch angemerkt, dass Jean-Dominique Giuliani, der Präsident der Stiftung Robert Schuman, als einer der 30 Autoren die Einleitung verfasst hat... Fortsetzung

"Die Europäische Union und ihre maritimen Herausforderungen"

Das Center für strategische Studien zur Marine hat unter der Leitung von Konteradmiral Thierry Rousseau die 7. Ausgabe seiner Marinestudien veröffentlicht. Mehrere Autoren, darunter auch der Präsident der Stiftung Jean-Dominique Giuliani, erkunden darin die Antriebskräfte für die europäische Einigung auf dem Gebiet der Seefahrt. Außer einer gemeinsamen Politik für die Fischerei ist die EU oft durch Katastrophen

gezwungen sich mit dem Bereich des Maritimen auseinanderzusetzen (Ölverschmutzung, massive illegale Einwanderung). Die Autoren sehen aber im Moment die Möglichkeit das zu ändern. Die Basis für eine einheitliche Marinepolitik sind eine gemeinsame Haltung und Interessen, allein am gemeinsamen Willen fehlt es momentan... Fortsetzung

"Was ist Europa?"

"Was ist Europa?" - so heißt das jüngste Werk von Daniel-Louis Seiler, emeritierter Professor an Sciences Po Aix-en-Provence, das von der Universität Brüssel in der Reihe Politikwissenschaften herausgegeben wird. Der Autor reflektiert darin über Definitionen, Grundideen und die verschiedenen Modelle Europas, die seiner Entstehung zugrunde liegen. Das Buch wartet mit einer scharfsinnigen Analyse auf, die es erlaubt Europas aktuelle Krisenherde besser zu verstehen - sei es in Griechenland oder an Europas Peripherie in der Ukraine. Die Beleuchtung verschiedener Regionen erleichtert es dem Autor dabei die verschiedenen Mosaiksteine im europäischen Gebilde miteinander zu vergleichen... Fortsetzung

Kultur :

Cézanne, Van Gogh, Bonnard, Manguin...

Die Hamburger Kunsthalle präsentiert noch bis zum 16. August eine Ausstellung über die historische Sammlung des Schweizer Ehepaares Arthur und Hedy Hahnloser-Bühler, die zwischen 1906 und 1936 in der Villa Flora in Winterthur eine beeindruckende Anzahl an Meisterwerken der Kunst des Postimpressionismus zusammenführen konnten. Der Schweizer Maler Félix Vallotton (1865-1925) hatte das Ehepaar zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Paris in die Kreise der führenden Künstler eingeführt, wo sie schnell Freundschaft mit Pierre Bonnard, Édouard Vuillard, Henri Manguin und später Henri Matisse schlossen. Die Ausstellung zeigt über 200 ausgewählte Werke von 18 Künstlern, darunter Gemälde von Paul Cézanne, Vincent van Gogh, Auguste Renoir und Édouard Manet. Die weltberühmte Sammlung ist nun zum erstmals in Deutschland zu sehen ist... Fortsetzung

"Monet, Gauguin, van Gogh ... Inspiration Japan" im Kunsthaus Zürich

Noch bis zum 10. Mai 2015 widmet das Kunsthaus Zürich mit "Monet, Gauguin, van Gogh ... Inspiration Japan" einem der faszinierendsten Kapitel der französischen Kunst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine reich bestückte Ausstellung. Über 350 Werke aus aller Welt kommen zusammen und erhellen das Bild, das die Europäer damals von Japan hatten. Der Fokus liegt auf dem Zeitraum von 1860 bis 1910, der Anfangs- und Hochphase der Rezeption japanischer Kunst in Frankreich. Außer diesen Malereien enthält die Ausstellung auch eine Auswahl von Werken japanischer Künstler wie Hokusai, Hiroshige und Utamaro, die teilweise aus den Sammlungen der Künstler dieser Epoche stammen... Fortsetzung

Der Wiener Kongress: Ein Großereignis in der europäischen Geschichte

Noch bis zum 21. Juni 2015 präsentiert das Belvedere in Wien die Ausstellung "Europa in Wien - der Wiener Kongress von 1814-1815". Die Organisatoren hoffen mithilfe der Kunst eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte Europas erzählen zu können. Vor 200 Jahren war Wien das politische, kulturelle und soziale Zentrum Europas. Alle europäischen Großmächte versammelten sich deshalb dort, um sich auf die Neuorganisation eines Kontinents zu verständigen, der seine Stabilität nach den napoleonischen Kriegen verloren hatte. Dank zahlreiche Gemälde und berühmter Skulpturen aus dieser Epoche gelingt es der Ausstellung die politischen und gesellschaftlichen Aspekte dieses Ereignisses offenzulegen... Fortsetzung

Europäische Tage in Schulen für Fotografie

Vom 27. Februar bis zum ersten März 2015 finden in Paris die europäischen Tage der Schulen für Fotografie (JEEP) statt. Ziel der Veranstaltung ist es eine Begegnung zwischen Kunstschulen und Berufsfotografen zu ermöglichen sowie junge europäische Talente zusammen zu bringen. Die JEEP sind somit Teil des ständigen Versuchs die kulturelle und künstlerische Vielfalt in Europa zu fördern. Veranstaltet werden sie von der Vereinigung Fetart, die seit 10 Jahren junge Fotografietalente in Europa unterstützt, zum Beispiel durch die Organisation von

Festivals... Fortsetzung

Agenda :

25 Feb

25. Februar
Brüssel
Minisitzung des Europäischen Parlaments in Brüssel

1 Mär

1. März

Parlamentswahlen in Estland

2 Mär

2. und 3. März
Brüssel
Rat "Wettbewerbsfähigkeit"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:

Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Guillaume Anglars, Romain Denninger, Flora Dumont, Noémie Rossi, Francesca Tortorella

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}